

■ Interview

„Den Kräften des Marktes schutzlos ausgeliefert“

Interview mit Christoph Kranich von der Verbraucherzentrale Hamburg e.V. über Probleme des Verbraucherschutzes für Menschen mit Behinderung

LEBEN&WEG: Herr Kranich, welchen Stellenwert hat Verbraucherschutz für Menschen mit Behinderung bei den Verbraucherzentralen?

Christoph Kranich: Theoretisch einen hohen. Denn wir müssen vor allem für die Menschen da sein, die sich nicht so gut selbst helfen können, entweder weil sie wenig Geld haben und sich beispielsweise keinen Rechtsanwalt leisten können, weil sie Probleme mit der Verständigung haben, zum Beispiel mit der deutschen Sprache oder weil sie wegen einer Behinderung besondere Bedingungen brauchen wie technische Hilfen oder intensivere menschliche Betreuung.

Praktisch ist das jedoch schwierig: Die Hilfe für Menschen mit Einschränkungen ist aufwändiger und teurer als für den „normalen Standardverbraucher“. Die Menschen brauchen oft doppelt so viel Zeit in der Beratung, sie brauchen einfache oder leichte Sprache, sie brauchen Übersetzungen, Erklärungen, Hilfsmittel. Und sie können das alles nicht selber bezahlen. Der Staat jedoch fährt die Unterstützung für die Verbraucherzentralen seit Jahren zurück, obwohl der Bedarf rapide steigt. Deshalb müssen wir um Nachsicht bitten, wenn wir für Menschen mit Behinderung nicht so viel leisten können, wie wir gerne leisten würden.

LEBEN&WEG: Oft klagen behinderte Menschen über die unzureichende Versorgung mit Hilfs- und Heilmitteln, etwa über mangelnde Anpassung an individuelle Bedürfnisse, bürokrati-

sche Hürden oder Einschränkung der Wahlmöglichkeiten? Wie sind Ihre Erfahrungen?



Christoph Kranich ist Fachabteilungsleiter Gesundheit und Patientenschutz in der Verbraucherzentrale Hamburg e.V.

Christoph Kranich: Das gilt ebenso für Menschen ohne Behinderung, allerdings ist jeder ernsthaft Kranke mehr oder weniger behindert. Chronisch kranke und behinderte Menschen geraten stets zwischen zwei Fronten: Auf der einen Seite stehen die, die Leistungen erbringen und daran gut verdienen – und gern noch mehr verdienen wollen –, also Ärzte, Krankenhäuser, Sanitätshäuser, Optiker, Akustiker und so weiter. Und auf der anderen Seite die Krankenkassen, die mit den Beiträgen ihrer Mitglieder sparsam umgehen sollen und müssen.

LEBEN&WEG: Wie ließe sich das ändern?

Christoph Kranich:

Dieses Spannungsfeld lässt sich nicht vermeiden. Leider ist keiner dieser beiden Kontrahenten wirklich am Patientenwohl orientiert. Beide verfolgen häufig ihre eigenen Interessen. Deshalb brauchen wir eine starke Interessenvertretung der kranken und behinderten Menschen, die diese mächtigen Akteure immer wieder dazu bringt, sich auf das zu konzentrieren, worum es im Gesundheitswesen geht: Patienten zu helfen, gesund zu werden oder ihr Leben mit chronischer Krankheit und Behinderung möglichst gesund und selbstbestimmt führen zu können.

LEBEN&WEG: Was geschieht, wenn an einem Hilfsmittel ein Schaden auftritt? Wer untersucht ihn und wer haftet?

Christoph Kranich: Für selbst beschaffte und bezahlte Hilfsmittel gilt das Gleiche wie bei jedem anderen Eigentum. Wenn aber das Hilfsmittel von der Krankenkasse zur Verfügung gestellt wurde, muss die auch Instandhaltung und Reparaturen bezahlen – Ansprechpartner ist zum Beispiel das Sanitätshaus, das den Rollstuhl einst geliefert hat. Für Beschädigungen durch Dritte wird hingegen dessen Haftpflichtversicherung in Frage kommen. Auch eine Hausratversicherung ist zu empfehlen.

LEBEN&WEG: Es häufen sich die Beschwerden über Mängel in Pflegeheimen und bei Pflegediensten: Finanzielles Gewinnstreben würde häufig vor Qualität der Pflege rangieren. Sehen Sie das auch so? Und wenn ja, was müsste getan werden, um die Situation zu verbessern?

Christoph Kranich: Hier kommen wohl viele Probleme zusammen: Pflegeberufe werden immer unattraktiver und sind viel zu schlecht bezahlt; die Aufmerksamkeit des Staates beschränkt sich darauf, die Kosten für die Pflege zu begrenzen; zugleich investieren aber offenbar immer häufiger große Konzerne in Pflegeheime und wollen Rendite herauspressen. Gegen diese Missstände kommen weder die Betrof-

fenen an, noch gutwillige Träger, etwa solche mit christlichen Idealen.

Ich glaube, wir brauchen vor allem eine andere, eine sozialere Pflegepolitik. Die pflegenden Berufe müssen stark aufgewertet und viel besser bezahlt werden; neue Formen der Durchlässigkeit zwischen Heimen und dem Leben draußen müssen gefördert werden. Niemand will im Heim sterben, aber dann müssen wir auch alternative Modelle schaffen, etwa Wohnprojekte von Alt und Jung oder bunt gemischte Wohngemeinschaften, in denen der eine für den anderen da ist und gegenseitige Hilfe wie früher in der Familie wieder selbstverständlich wird. Wir brauchen auch eine neue Wertschätzung der Lebensphase nach dem Beruf, und damit auch derer, die

gar keinen Beruf ausüben können oder die weniger produktiv arbeiten als der – auch immer seltener werdende – Standard-Arbeitnehmer. Ein kleiner Schritt in diese Richtung ist vielleicht die zunehmende Enttabuisierung des Themas Tod und Sterben, dem ja immerhin schon eine „ARD-Themenwoche“ gewidmet wurde.

LEBEN&WEG: Die Pharmaindustrie versucht mit zum Teil zweifelhaften Mitteln, Medikamente an die Patienten zu bringen, etwa durch Lobbydruck auf Politiker, Verkaufsschulungen für Ärzte und durch Versuche, die Qualitätsprüfungen für Medikamente aufzuweichen. Wie groß schätzen Sie das Risiko für Patienten ein, durch unzureichend geprüfte Medikamente gesundheitliche

Schäden davonzutragen, wie es etwa beim Contergan-Skandal der Fall war?

Christoph Kranich: Medikamente werden in Deutschland besser geprüft als Medizinprodukte, von denen geht möglicherweise eine größere Gefahr aus – siehe die Skandale um die mit Industrie-Silikon gefüllten Brustimplantate oder die schadhafte Metall-Hüftprothesen.

Menschen mit Behinderung sind den unmenschlichen Kräften des Marktes besonders schutzlos ausgeliefert. Sie können oft schwerer beurteilen, ob etwas wirklich gut oder nötig ist oder nicht, ob Nutzen oder Schaden überwiegen. Dafür bräuchte es mehr – und nicht weniger – Verbraucherschutz.

Interview:

UM